

Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

68. Jahrgang**Ausgegeben in Hannover am 26. Juni 2014****Nummer 11**

INHALT

| Tag | | Seite |
|-------------|---|-------|
| 19. 6. 2014 | Verordnung zur Änderung der Hochschul-Vergabeverordnung 22220 | 158 |
| 19. 6. 2014 | Verordnung zur Änderung der Vergabeverordnung-Stiftung 22220 | 159 |
| 23. 6. 2014 | Verordnung über die Personalräte bei den Ämtern für regionale Landesentwicklung und dem Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen 20470 (neu) | 160 |
| 23. 6. 2014 | Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausfüh- rung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs 21141 | 161 |
| 13. 6. 2014 | Bekanntmachung über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens zwischen den Ländern Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gemeinsame Einrichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Ärztekammer Hamburg 21061 | 163 |

**Verordnung
zur Änderung der Hochschul-Vergabeverordnung**

Vom 19. Juni 2014

Aufgrund des § 9 Satz 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Hochschulzulassungsgesetzes vom 29. Januar 1998 (Nds. GVBl. S. 51), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 287), wird verordnet:

Artikel 1

Die Hochschul-Vergabeverordnung vom 22. Juni 2005 (Nds. GVBl. S. 215), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Januar 2013 (Nds. GVBl. S. 7), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „mit allen erforderlichen Unterlagen“ gestrichen.

bb) Es werden die folgenden neuen Sätze 2 bis 5 eingefügt:

„²Die Hochschule bestimmt durch Ordnung die Form, in der der Zulassungsantrag, ergänzende Anträge und die erforderlichen Unterlagen eingehen müssen. ³Wird eine elektronische Form bestimmt, so werden Bewerberinnen und Bewerber, die glaubhaft machen, dass ihnen die Einreichung in elektronischer Form nicht zumutbar ist, durch die Hochschule unterstützt. ⁴Bestimmt die Hochschule, dass der Zulassungsantrag in Form eines elektronisch ausgefüllten Antragsformulars elektronisch und zusätzlich das ausgedruckte und unterschriebene Antragsformular, ergänzende Anträge und die erforderlichen Unterlagen in Papierform bei der Hochschule eingehen müssen, so ist die Frist nach Satz 1 gewahrt, wenn bei der Hochschule vor Ablauf dieser Frist das elektronisch ausgefüllte Antragsformular elektronisch und spätestens am dritten Tag nach Ablauf dieser Frist die Unterlagen in Papierform eingehen. ⁵Die Hochschule regelt die Einzelheiten zu den Sätzen 3 und 4 durch Ordnung.“

cc) Die bisherigen Sätze 2 bis 4 werden Sätze 6 bis 8.

dd) In dem neuen Satz 7 werden nach dem Wort „abzugeben“ ein Komma und die Worte „soweit der Verfahrensablauf dies noch zulässt“ eingefügt.

b) Dem Absatz 3 werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:

„³Hochschulen, die am dialogorientierten Serviceverfahren (§ 5 a) teilnehmen, können bestimmen, dass sie abweichend von den Sätzen 1 und 2 über mehrere Zulassungsanträge entscheiden; die Anzahl ist durch Ordnung festzulegen. ⁴Wird mehr als die festgelegte Anzahl von Anträgen gestellt, so ist Satz 1 entsprechend anzuwenden.“

c) Absatz 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Der Zulassungsantrag kann nur auf eine vor Ablauf der jeweiligen Ausschlussfrist (Absatz 1 Satz 1) erworbene Hochschulzugangsberechtigung gestützt werden.“

2. § 5 a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 Satz 1 wird die Verweisung „§ 2 Abs. 1 Satz 4“ durch die Verweisung „§ 2 Abs. 1 Satz 8“ ersetzt.

b) Absatz 5 Satz 5 erhält folgende Fassung:

„⁵Im Verfahren für das Sommersemester bis zum 18. Februar und im Verfahren für das Wintersemester bis zum 18. August wieder verfügbare Studienplätze werden gemäß den Ranglisten der Hochschulen aufrückenden Bewerberinnen und Bewerbern angeboten.“

c) In Absatz 7 Satz 2 werden die Angabe „21. Februar“ durch die Angabe „20. Februar“, die Angabe „21. August“ durch die Angabe „20. August“, die Angabe „24. Februar“ durch die Angabe „22. Februar“ und die Angabe „24. August“ durch die Angabe „22. August“ ersetzt.

d) In Absatz 9 Satz 3 werden die Angabe „4. April“ durch die Angabe „29. März“ und die Angabe „4. Oktober“ durch die Angabe „28. September“ ersetzt.

e) In Absatz 12 Sätze 1 und 2 wird jeweils die Jahreszahl „2014“ durch die Jahreszahl „2017“ ersetzt.

Artikel 2

¹Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft. ²Auf Vergabeverfahren, die sich auf Semester vor dem Wintersemester 2014/2015 beziehen, sind die bisherigen Vorschriften weiterhin anzuwenden.

Hannover, den 19. Juni 2014

**Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur**

Heinen-Kljajic

Ministerin

**Verordnung
zur Änderung der Vergabeverordnung-Stiftung**

Vom 19. Juni 2014

Aufgrund des Artikels 12 Abs. 1 des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 8. März/5. Juni 2008 (Nds. GVBl. 2010 S. 47, 228) in Verbindung mit § 9 Satz 2 des Niedersächsischen Hochschulzulassungsgesetzes (NHZG) vom 29. Januar 1998 (Nds. GVBl. S. 51), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 287), und des § 9 Satz 1 Nr. 1 NHZG wird verordnet:

Artikel 1

Die Vergabeverordnung-Stiftung vom 21. Mai 2008 (Nds. GVBl. S. 181), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Mai 2013 (Nds. GVBl. S. 115), wird wie folgt geändert:

1. Die Anlage 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Nummer 2 wird das Datum „2. Juni 2006“ durch das Datum „6. Juni 2013“ ersetzt.
 - bbb) In Nummer 3 wird das Datum „16. Juni 2000“ durch das Datum „14. Dezember 2012“ ersetzt.
 - ccc) In Nummer 4 wird das Datum „14. Dezember 2001“ durch das Datum „14. Dezember 2012“ ersetzt.
 - ddd) In Nummer 5 wird das Datum „16. Juni 2000“ durch das Datum „7. Februar 2013“ ersetzt.
 - eee) In Nummer 6 wird das Datum „16. Juni 2000“ durch das Datum „7. Februar 2013“ ersetzt.
 - bb) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Enthält die Hochschulzugangsberechtigung keine Durchschnittsnote nach Satz 1, aber eine Punktzahl der Gesamtqualifikation, so errechnet die Stiftung nach der Anlage 2 der ‚Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II‘ gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 7. Juli 1972 in der Fassung vom 6. Juni 2013 (Beschluss-Sammlung der Kultusmi-

nisterkonferenz Nr. 176) die Durchschnittsnote aus der Punktzahl der Gesamtqualifikation.“

- b) In Absatz 4 Satz 1 Nr. 3 wird das Datum „16. Juni 2000“ durch das Datum „3. Dezember 2010“ ersetzt.
 - c) In Absatz 10 wird das Datum „18. November 2004“ durch das Datum „12. September 2013“ ersetzt.
 - d) In Absatz 15 wird das Datum „18. November 2004“ durch das Datum „13. Dezember 2013“ ersetzt.
2. Anlage 3 Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird das Wort „kann“ durch das Wort „darf“ ersetzt.
 - b) Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„3. ‚besondere berufliche Gründe‘ — 7 Punkte;
besondere berufliche Gründe liegen vor, wenn die berufliche Situation dadurch erheblich verbessert wird, dass der Abschluss des Zweitstudiums das Erststudium sinnvoll ergänzt, insbesondere wenn aufgrund der Kombination des Zweitstudiums mit dem Erststudium glaubhaft eine Tätigkeit angestrebt wird, die im Regelfall nicht von Absolventinnen und Absolventen nur eines der beiden Studiengänge wahrgenommen werden kann;“.
 - c) Nummer 4 erhält folgende Fassung:

„4. ‚sonstige berufliche Gründe‘ — 4 Punkte;
sonstige berufliche Gründe liegen vor, wenn das Zweitstudium aufgrund der beruflichen Situation aus sonstigen Gründen, insbesondere zum Ausgleich eines beruflichen Nachteils oder zur Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten aufgrund des Erststudiums, erforderlich ist;“.

Artikel 2

¹Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft. ²Auf Vergabeverfahren, die sich auf Semester vor dem Wintersemester 2014/2015 beziehen, sind die bisherigen Vorschriften weiterhin anzuwenden.

Hannover, den 19. Juni 2014

**Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur**

Heinen-Kljajic

Ministerin

V e r o r d n u n g
über die Personalräte
bei den Ämtern für regionale Landesentwicklung
und dem Landesamt für Geoinformation
und Landesvermessung Niedersachsen

Vom 23. Juni 2014

Aufgrund des § 117 Abs. 1 des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes (NPersVG) in der Fassung vom 22. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 11), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30. Juni 2011 (Nds. GVBl. S. 210), wird verordnet:

§ 1

Neuwahl von Personalräten

(1) In den Ämtern für regionale Landesentwicklung sind ab 1. Juli 2014 innerhalb von vier Monaten die Personalräte neu zu wählen.

(2) Im Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen sind ab 1. Juli 2014 innerhalb von vier Monaten

1. der Personalrat für die Stammdienststelle neu zu wählen und
2. die Personalräte für die Regionaldirektionen Aurich, Braunschweig-Wolfsburg, Hameln-Hannover, Northeim, Oldenburg-Cloppenburg, Osnabrück-Meppen, Otterndorf und Sulingen-Verden zu wählen, soweit sie ab dem 1. Juli 2014 nach § 6 Abs. 3 Satz 1 NPersVG zu selbständigen Dienststellen nach § 6 Abs. 3 NPersVG erklärt werden.

(3) ¹Die Übergangspersonalräte nach § 2 bestellen vor Ablauf des 31. Juli 2014 die Wahlvorstände. ²§ 18 Abs. 2 NPersVG ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass eine Personalversammlung einzuberufen ist, wenn am 8. August 2014 ein Wahlvorstand nicht bestellt ist.

§ 2

Übergangspersonalräte

(1) ¹In jedem Amt für regionale Landesentwicklung wird ein Übergangspersonalrat eingerichtet. ²Der Übergangspersonalrat hat die Rechte und Pflichten des Personalrats der Dienststelle. ³Er besteht aus den Mitgliedern des Personalrats des Amtes für regionale Landesentwicklung und zwei Personen je bisherigem Personalrat der Regionaldirektionen des Landes-

amtes für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen, von denen Teile zum 1. Juli 2014 auf das Amt für regionale Landesentwicklung übergehen. ⁴Die bisherigen Personalräte bestellen die zwei Personen aus dem Kreis ihrer Mitglieder und Ersatzmitglieder.

(2) Der bisherige Personalrat der Stammdienststelle des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen führt seine Geschäfte als Übergangspersonalrat weiter.

(3) ¹Bei den Regionaldirektionen Aurich, Braunschweig-Wolfsburg, Hameln-Hannover, Northeim, Oldenburg-Cloppenburg, Osnabrück-Meppen, Otterndorf und Sulingen-Verden des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen wird jeweils ein Übergangspersonalrat eingerichtet. ²Der Übergangspersonalrat hat die Rechte und Pflichten des Personalrats der Dienststelle. ³Er besteht aus drei Mitgliedern je bisherigem Personalrat der betroffenen Regionaldirektionen des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen. ⁴Die bisherigen Personalräte bestellen die drei Mitglieder unter Berücksichtigung der im bisherigen Personalrat vertretenen Gruppen.

(4) ¹§ 28 NPersVG ist entsprechend anzuwenden. ²Mitglieder und Ersatzmitglieder eines Übergangspersonalrats bleiben dies auch dann, wenn sie in Vollzug der Reorganisation der Landesverwaltung im Bereich des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen bei einer anderen Dienststelle verwendet werden.

(5) Die Amtszeit der Übergangspersonalräte endet mit der konstituierenden Sitzung der neu gewählten Personalräte (§ 29 Abs. 1 NPersVG), spätestens jedoch mit Ablauf des 31. Oktober 2014.

§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Oktober 2014 außer Kraft.

Hannover, den 23. Juni 2014

**Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport**

Pistorius

Minister

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Durchführung
des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung
des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs**

Vom 23. Juni 2014

Aufgrund des § 5 Abs. 2 Satz 2, des § 12 Abs. 1 Satz 2, des § 13 Abs. 4 sowie des § 14 a Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 1 Sätze 1 und 2 und Abs. 2 Satz 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs (Nds. AG SGB XII) vom 16. Dezember 2004 (Nds. GVBl. S. 644), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 284), und

des § 12 Abs. 1 Satz 3 in Verbindung mit § 10 Satz 2 Nds. AG SGB XII im Einverständnis mit den betroffenen Kommunen

wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung zur Durchführung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 27. Juni 2011 (Nds. GVBl. S. 178), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Juli 2013 (Nds. GVBl. S. 207), wird wie folgt geändert:

1. § 9 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Vor der Beschlussfassung über eine Empfehlung nach § 5 Abs. 1 Nr. 3, § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, § 14 Abs. 1 oder § 14 a Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 3 Nds. AG SGB XII sind die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens und das Fachministerium anzuhören.“
2. In § 12 werden im einleitenden Satzteil die Worte „dem überörtlichen Träger und den örtlichen Trägern“ durch die Worte „den örtlichen Trägern und dem überörtlichen Träger“ ersetzt.
3. In § 13 wird die Angabe „§ 13 Abs. 4 Satz 1“ durch die Angabe „§ 14 a Abs. 1 Satz 1“ ersetzt.
4. § 23 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absätze 1 und 2 werden gestrichen
 - b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 1 und wie folgt geändert:
Die Jahreszahl „2015“ wird durch die Jahreszahl „2013“ ersetzt.
 - c) Es wird der folgende neue Absatz 2 eingefügt:
„(2) Unter Berücksichtigung des als Folge der erweiterten Heranziehung zusätzlich entstehenden Aufwands beträgt die kommunale Quote für den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2015
 1. des Landkreises Harburg 26,0 vom Hundert,
 2. des Landkreises Hildesheim 21,0 vom Hundert,
 3. des Landkreises Schaumburg 22,0 vom Hundert,
 4. des Landkreises Oldenburg 20,0 vom Hundert,
 5. des Landkreises Verden 18,0 vom Hundert,
 6. des Landkreises Diepholz 23,0 vom Hundert,
 7. des Landkreises Osnabrück 17,5 vom Hundert,
 8. des Landkreises Emsland 15,0 vom Hundert.“
 - d) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden Absätze 3 und 4.
 - e) Im neuen Absatz 4 wird die Angabe „Absätzen 1 bis 3“ durch die Angabe „Absätzen 1 und 2“ ersetzt.
 - f) Absatz 6 wird gestrichen.

5. Die Anlage (zu § 13) erhält folgende Fassung:

**„Anlage
(zu § 13)**

Jährliche Festbeträge

| Örtlicher Träger der Sozialhilfe | Jährlicher Festbetrag für das Jahr 2013 | Jährlicher Festbetrag ab dem Jahr 2014 |
|-------------------------------------|---|--|
| | in Euro | |
| Landkreis Ammerland | 129 173,49 | 117 962,45 |
| Landkreis Aurich | 356 038,20 | 353 427,61 |
| Stadt Braunschweig | 1 491 896,37 | 1 582 626,00 |
| Landkreis Celle | 1 217 736,36 | 1 291 530,57 |
| Landkreis Cloppenburg | 172 194,58 | 194 921,04 |
| Landkreis Cuxhaven | 218 880,47 | 103 994,04 |
| Stadt Delmenhorst | 634 381,77 | 529 315,14 |
| Landkreis Diepholz | 3 808 567,53 | 3 770 774,26 |
| Stadt Emden | 505 599,84 | 384 376,12 |
| Landkreis Emsland | 1 206 454,34 | 757 124,94 |
| Landkreis Friesland | 210 249,34 | 164 386,22 |
| Landkreis Gifhorn | 4 378 860,08 | 3 985 390,98 |
| Landkreis Göttingen | 1 316 865,57 | 1 433 045,66 |
| Landkreis Goslar | 198 229,36 | 229 128,37 |
| Landkreis Grafschaft Bentheim | 279 653,61 | 225 314,89 |
| Landkreis Hameln- Pyrmont | 312 295,89 | 346 775,19 |
| Region Hannover | 5 982 255,59 | 5 633 834,24 |
| Landkreis Harburg | 736 231,54 | 750 605,38 |
| Landkreis Heidekreis | 211 887,67 | 211 887,67 |
| Landkreis Helmstedt | 227 392,78 | 218 601,49 |
| Landkreis Hildesheim | 672 945,96 | 697 097,14 |
| Landkreis Holzminden | 375 547,28 | 245 927,93 |
| Landkreis Leer | 283 536,52 | 240 919,91 |
| Landkreis Lüchow- Dannenberg | 80 678,42 | 97 353,92 |
| Landkreis Lüneburg | 1 391 777,12 | 1 477 769,30 |
| Landkreis Nienburg (Weser) | 477 634,86 | 488 369,39 |
| Landkreis Northeim | 247 819,62 | 258 835,40 |
| Landkreis Oldenburg | 153 056,29 | 156 320,73 |
| Stadt Oldenburg (Oldenburg) | 413 759,68 | 377 608,77 |
| Landkreis Osnabrück | 439 108,11 | 650 000,00 |
| Stadt Osnabrück | 1 155 947,47 | 898 757,57 |
| Landkreis Osterholz | 67 362,32 | 79 840,12 |
| Landkreis Osterode am Harz | 158 948,47 | 172 990,62 |
| Landkreis Peine | 204 633,86 | 262 690,36 |

| Örtlicher Träger der Sozialhilfe | Jährlicher Festbetrag für das Jahr 2013 | Jährlicher Festbetrag ab dem Jahr 2014 |
|---|--|---|
| | in Euro | |
| Landkreis Rotenburg (Wümme) | 209 811,60 | 203 521,10 |
| Stadt Salzgitter | 449 518,56 | 323 025,41 |
| Landkreis Schaumburg | 160 000,00 | 207 696,73 |
| Landkreis Stade | 242 136,12 | 203 255,91 |
| Landkreis Uelzen | 497 108,22 | 424 126,03 |
| Landkreis Vechta | 228 008,41 | 190 809,61 |
| Landkreis Verden | 101 031,55 | 113 109,42 |
| Landkreis Wesermarsch | 236 905,01 | 261 085,84 |
| Stadt Wilhelmshaven | 333 078,64 | 353 855,32 |
| Landkreis Wittmund | 104 582,01 | 123 202,82 |
| Landkreis Wolfenbüttel | 258 316,19 | 240 059,55 |
| Stadt Wolfsburg | 289 891,45 | 299 336,64“. |

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in Kraft.

Hannover, den 23. Juni 2014

**Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

R u n d t

Ministerin

Bekanntmachung
über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens
zwischen den Ländern Brandenburg,
Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg,
Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und
Schleswig-Holstein über die gemeinsame Einrichtung
einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik
bei der Ärztekammer Hamburg

Aufgrund des Artikels 1 Abs. 3 des Gesetzes zu dem Abkommen zwischen den Ländern Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gemeinsame Einrichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Ärztekammer Hamburg vom 26. Februar 2014 (Nds. GVBl. S. 68) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem § 12 Satz 3 für das Land Niedersachsen am 15. März 2014 in Kraft getreten ist.

Hannover, den 13. Juni 2014

Niedersächsische Staatskanzlei

Mielke

Staatssekretär

Lieferbar ab April 2014

Einbanddecke inklusive CD



**Fünf Jahrgänge
handlich
auf einer CD!**

Jahrgänge 2009 bis 2013:

- Nds. Ministerialblatt
- Nds. Gesetz- und Verordnungsblatt

Die optimale Archivierung
ergänzend zur Einbanddecke.



→ Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 2013
inklusive CD und Umschlagmappe

nur € 21,- zzgl. Versandkosten

→ Einbanddecke Niedersächsisches Ministerialblatt 2013
inklusive CD

nur € 21,- zzgl. Versandkosten

Gleich bestellen: Telefax 0511 8550-2405

schlütersche
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG